

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnement: Halbes Jahr 1.40 M., ein Jahr 2.80 M., 3 Monate 1.00 M., 6 Monate 1.80 M., 9 Monate 2.50 M., 12 Monate 3.20 M. Einzelhefte 10 Pf. Fernsprecher Nr. 11. Druckerei: J. B. Metzger, Nagold.

Nr. 168.

Altensteig, Donnerstag den 16. November.

Jahrgang 1921

Der Sturz des Kabinetts Wirth.

In der zehnten Abendstunde des Dienstag hat die Vereinigte Sozialdemokratische Partei im Reichstag beschloffen, daß sie in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht eintreten werde. Das bedeutete das Ende, denn in später Nachtstunde (11 Uhr) erfolgte der Rücktritt des Kabinetts Wirth, denn der Reichskanzler hatte sich mit der Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Demokratie, Zentrum, Deutsche und Bayerische Volkspartei) darauf festgelegt, daß jetzt die große Front der Parteien im Blick auf die sich täglich verschärfende Reparationskrise hergestellt werden müsse. Eine Pariser Meldung, wonach die Mitglieder der Reparationskommission der Ansicht sind, daß Deutschland zahlungsunfähig sei, daß es aber nur bezahlen werde, wenn es nicht ausweichen könne, und eine Ausrufung Churchills, der eine englisch-französische Verbrüderung hinsichtlich der Forderungen gegen Deutschland befürwortet, befestigten nur die Notwendigkeit der inneren Geschlossenheit. Sie ist in Stücke gegangen durch die Haltung der Sozialdemokratie. Die gesamte bürgerliche Presse ist darin einig, daß die Sozialdemokratie aus Partei-Interessen das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, als „Industrie-Stinnespartei“, ablehnte und damit die politische Verantwortung für die in schwerster Zeit ausgebrochene Regierungskrise zu tragen hat.

Diese Haltung der Sozialdemokratie zu der Koalitionsfrage ist erst seit dem Zusammenschluß mit den Unabhängigen in schroffer Weise immer deutlicher hervorgetreten. Und sie ist umso verwunderlicher, als gleichzeitig mit der Krise die neue Note der Reichsregierung an die Reparationskommission zur Marktstabilisierung, in der 500 Millionen Reichsbankgold neben einem entsprechenden ausländischen Darlehen zur Verfügung gestellt werden sollen, von allen Regierungsparteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, gebilligt wurde. Daneben spielten aber auch noch andere Dinge mit. Das Kabinett Wirth war schon lange nicht mehr ganz „intakt“. Der Gegensatz zwischen Wirth und Hermes ist seit den Tagen von Genua immer nur verflüchtigt worden. Nach einer Pariser Meldung kamen die beiden unverwundlichen Jäger scheinbar überein, daß einer von ihnen das Feld räumen werde. Daher kam wohl auch die Meldung, daß man Hermes den Vorschlag gemacht habe, die Zentrumspartei soll sich nun, was allerdings noch nicht bestätigt ist und auch niemals ganz zu erfahren sein wird, hinter Dr. Hermes gestellt haben. Dr. Hermes, dem Parteifreund, gelang es immerhin, den rechten Zentrumsflügel gegen den Kanzler aufzubringen in den großen Fragen der Steuerpolitik, wo Dr. Wirth sich nur zu leicht in die sozialdemokratische Schlepptau nehmen ließ, wie in dem Problem der Reparationen. Ferner wick der Einfluß der Rede von Stinnes über die Marktstabilisierung und der linksradikale Flügel der Sozialdemokratie für die latente Krise verantwortlich gemacht.

Trotz alledem bleibt die Sozialdemokratie als die eigentliche Urheberin des Sturzes des Kabinetts Wirth, was umso merkwürdiger bleibt, als Dr. Wirth beinahe als ihr Vertrauensmann im Kabinett zu gelten hatte. Von Wirth fiel das Schlagwort im politischen Kampf: Der Feind steht rechts! Und all der dadurch auf Seiten der Deutschnationalen entfesselte Kampf gegen Dr. Wirth und seine Erfüllungspolitik blieb vergebens, weil die Sozialdemokratie den Kanzler bedeckte.

So kommt es, daß der „Vorwärts“, das Hauptorgan der Sozialdemokraten, es fertig bringt, den Rücktritt Wirths als eines „christlichen deutschen Republikaners“ zu behauern, den Rücktritt, den die Partei doch selbst herbeigeführt hat. Dr. Wirth habe den Demokraten und industriell eingestellten Mitgliedern des Zentrums in hartem Maße Folge geleistet. Man könne nicht sagen, die Sozialdemokratische Partei habe ihn im Stücke gelassen, vielmehr könne man damit rechnen, daß er in nicht zu ferne Zeit zurückkehren werde.

Reichspräsident Ebert hat die Demission des Kabinetts Wirth angenommen, es aber mit der Weiterführung der Regierungsgeschäfte bis zur Neubildung des Kabinetts beauftragt. Wenn er diese überträgt, steht zur Stunde noch dahin. Eine Schicksalsstunde Deutschlands ist damit gekommen, die umso tiefergreifender ist, als die Entscheidung aus Paris, die allerdings nur eine Vorent-

scheidung ist — denn sie geht zunächst an die alliierten Regierungen — bevorsteht. Kommt nun nach dem Kabinett der „Erfüllung“ die Regierung der „Persönlichkeit“ oder die „des Wiederaufbaues“, wer will es prophezeien?

Berlin, 15. Nov. Die Blätter nehmen folgende Stellung ein:

Der „Berliner Lokalanzeiger“ sieht die Ursache der diesmaligen Regierungskrise in dem Verlangen des Verbands, daß endlich etwas in Deutschland geschehen solle. Zum erstenmal sei in der deutschen Republik eine Krise ausgebrochen, weil es sich tatsächlich um Reformen handle, die zum Wiederaufstieg Deutschlands unbedingt notwendig seien.

Sowohl die „Vossische Zeitung“ als auch das „Berliner Tageblatt“ führen den Rücktritt des Kabinetts darauf zurück, daß in der Sozialdemokratie und auch in der Deutschen Volkspartei das Parteiinteresse über das Interesse des Landes gestiegen habe.

Der „Vorwärts“ sieht die Ursache der Krise in einem Verfall der Führung und in einer zu starken Entwicklung der Reigung, die eigentlichen Entscheidungen in Parteiführerkonferenzen statt im Reichstag herbeizuführen.

Auf die Frage: „Was nun?“ gibt die „Vossische Zeitung“ die Antwort, daß nur die Möglichkeit bleibe, die bisherige Koalition beizubehalten und bei der Neubesezung der Ministerien die Sozialdemokraten Wirtschaftler zu berücksichtigen. An einer Wiederwahl Dr. Wirths als Kanzler glaubt das Blatt nicht.

Auch das „Berliner Tageblatt“ hält ein Ministerium der Persönlichkeiten für am aussichtsreichsten.

Der „Vorwärts“ erklärt, daß eine Regierung, die von den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gebildet werde, nicht auf eine Vertrauenskrise der Sozialdemokraten rechnen könne. Die Sozialdemokratie denke nicht daran, sich in den Schmolzwinkel zurückzuziehen. Sie sei bereit, an der Bildung einer „positiven“ Regierung mitzuwirken, die den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes gerecht werde.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, daß die Sozialdemokratie durch ihren Beschluß eine schwere politische Verantwortung auf sich genommen habe und bezeichnet im übrigen dieses Verhalten als ein „leichtfertiges taktisches Spiel“.

Dr. Wirth über den Rücktritt.

Berlin, 15. Nov. Der zurückgetretene Reichskanzler empfing noch Dienstag nacht die Pressevertreter, zu denen er sich über den Rücktritt des Kabinetts äußerte. Die Lage sei außen- und innenpolitisch äußerst ernst und erfordere ein Zusammenarbeiten aller Kräfte. Aus dieser Notwendigkeit heraus habe man nach den vorgestrichen Besprechungen mit der Sozialdemokratie und nach den nochmaligen Verhandlungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratie die Frage gestellt, ob sie bereit sei, dem Verlangen aller bürgerlichen Parteien der Arbeitsgemeinschaft zu entsprechen, die Deutsche Volkspartei in die Regierung einzubeziehen. Die Sozialdemokratie habe diese Frage verneint. Damit sei der Rücktritt des Kabinetts auch nach Auffassung der sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung notwendig geworden.

Dr. Wirth betonte dann, daß die letzte außenpolitische Handlung der deutschen Regierung, d. h. die Wiedergutmachungsnote, der Willensausdruck aller Parteien gewesen sei, die politisch die Regierungskoalition bilden sollten. Er führte dazu aus: Die Deutsche Volkspartei hat in Gegenwart der Parteien des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokratie die Note ausdrücklich gebilligt und die bürgerlichen Parteien haben in dieser Note auch die Grundlage gesehen für das Zustandekommen der Großen Koalition. Die Note ist, wie ich nochmals betone, getragen von dem Willen der Parteien, die alle berufen waren, in die Große Koalition einzutreten. Auch die Bayerische Volkspartei hat die Note gebilligt, wenn sie auch ihre Entschlüsse über den Eintritt in die Große Koalition noch nicht gefaßt hatte. Es ist hierin auch der Wunsch der Arbeitsgemeinschaft enthalten, an der Regierung tätigen Anteil zu nehmen. Die Note nach Paris war tatsächlich der Ausdruck des Willens der noch nicht vorhandenen Großen Koalition, weil außenpolitische Schritte, insbesondere bei den Verhandlungen mit der Wiederherstellungskommission mit der Deutschen Volkspartei, beraten wurden. Mir ist eine Beschwerde über

die Art der Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei noch nicht zugegangen. Alle, die wie ich an verantwortlicher Stelle standen, haben niemals ein Zusammenspiel der politischen Kräfte gesehen wie diesmal. Tatsächlich war die erweiterte Arbeitsgemeinschaft vorhanden, da die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft und die Sozialdemokratische Partei in der Frage der Außenpolitik neben der Regierung standen. Aus den bürgerlichen Parteien und insbesondere aus dem mit nahestehenden Zentrum sind wiederholt die Anregung und der Wunsch geäußert worden, aus dieser tatsächlich eine politische Gemeinschaft anzubahnen. Diefem Wunsch habe ich entsprochen und das Verlangen nach der Großen Koalition gestellt. Ich machte nochmals auf die große Bedeutung gerade des letzten Schritts aufmerksam und darauf, daß die Note, wie sie nach Paris abgegangen ist, auch ein innerpolitisches Programm darstelle, unter das man nur noch Namen zu setzen brauchte, um das Programm der Großen Koalition zu haben. Es haben Besprechungen über die Streitpunkte zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie stattgefunden. Mehrere Fragen bedurften der Aufklärung. Es bestanden verschiedene politische Hemmungen. In erster Linie gab die Rede des Herrn Stinnes zu Mißverständnissen Anlaß. Ich glaube aber, daß man das Scheitern der Großen Koalition nicht allein auf die Stinnes-Rede zurückführen darf, ebensowenig auf die Rede des Herrn v. Versner im Auswärtigen Amt. Das kann nicht die Ursache der Entscheidung der Sozialdemokratie sein. Es ist notwendig, eine Klärung der gesamten politischen Lage vorzunehmen. Ich habe nur das Ziel, Ihnen zu sagen, daß der große Ernst der politischen Lage es zu einer staatsmännischen Notwendigkeit macht, zu einer schnellen Klärung der deutschen Politik zu gelangen. Diese Klärung schien bis heute nicht möglich. Infolgedessen hat das Kabinett seinen Rücktritt erklärt.

Bemühungen um das neue Kabinett.

Eine Erklärung des Zentrums.

Berlin, 15. Nov. Die Zentrumsfraktion des Reichstags erläßt eine Erklärung, in der es heißt: „Das Zentrum ist einmütig der Auffassung, daß durch die jetzige innerpolitische Entwicklung der Zentrums-partei keinerlei Initiativezufallt bei der Neubildung eines Kabinetts. Die Zentrumsfraktion hat für sich und auch für die übrigen Instanzen der Zentrumspartei der Politik des Kabinetts Wirth und dem Reichskanzler selber wiederholt ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Daran hat sich nichts geändert, vielmehr hat die letzte außenpolitische Tat der Regierung Wirth vor allem die Note an die Reparationskommission, die volle Zustimmung der ganzen Zentrumsfraktion gefunden und nicht nur das, auch alle Parteien, von der Deutschen Volkspartei bis einschließlich zur Vereinigten Sozialdemokratie haben ebenfalls zugestimmt.“

Reichspräsident und Parteiführer.

Berlin, 15. Nov. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch die Führer der verschiedenen Parteien zu einer Besprechung über die Lage. Es erschienen nacheinander Reichspräsident Ebert, der Zentrumsführer Marx und andere Führer des Zentrums, der Abg. Reich der Bayerischen Volkspartei, sowie die Demokraten Koch und Petersen. In der Besprechung stand die Bildung eines Kabinetts von fähenden Persönlichkeiten ohne parlamentarische Bindung im Vordergrund. Die Hoffnung auf Bildung eines überparteilichen Kabinetts besteht also nach wie vor. In politischen Kreisen glaubt man Grund zu der Annahme zu haben, daß mit der Bildung des Kabinetts eine bürgerliche Persönlichkeit betraut werden wird. Für Mittag hat der Reichskanzler Dr. Wirth die Parteiführer zu sich gebeten.

Das Zentrum für Dr. Wirth.

Berlin, 15. Nov. In der Unterredung, die zwischen dem Reichspräsidenten und dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Abg. Marx, im Laufe des Vormittags stattgefunden hat, soll der Vorsitzende der Zentrumsfraktion den Reichspräsidenten haben wissen lassen, daß das Zentrum es ablehne, eine Persönlichkeit für die Besetzung des Kanzlerpostens zu stellen, wenn nicht der Reichskanzler Dr. Wirth wieder mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden sollte. Wie es heißt, soll diese letzte Erklärung von vornherein die Möglichkeit einer Kanzlerschaft Hermes ausschalten.

Neues vom Tage.

Frankreich zum Sturze Wirths.
 Paris, 15. Nov. Das „Echo de Paris“ schreibt, daß mit dem Kabinett Wirth eine Regierung dahinschwände, die jeder Nacht entbehrt. Bereits einige Wochen, nachdem das Kabinett Wirth zur Macht gelangt war, hatte man sich davon überzeugt, daß es eine wahre Politik der Richterfälligkeit führe. Das einzige Verwunderliche sei, daß das Kabinett Wirth noch solange bei den Alliierten Glauben gefunden habe. Das „Journal“ erklärt, man müsse sich jetzt vor allem fragen, was das Schicksal der Rote sein werde, die die Regierung erst gestern der Reparationskommission zustellte. Die „Tre Nouvelle“: Dr. Wirth war ein episodischer Kanzler. In dem Augenblick, wo das Reich das Bedürfnis einer aufbauenden Politik empfindet, verschwindet er. Das einzige, was man zu befrachten hat, ist, daß diejenigen, die den Sturz des Kanzlers gewünscht haben, die Herren der Lage sind. Das „Echo National“ schreibt: Machen wir uns auf ernsteste Dinge gefaßt, sie stehen unmittelbar bevor. Die Leute in Deutschland sehen uns anderswo, besonders im Orient beschäftigt. Deshalb lästern sie die Nase und sprechen sich in ihrer letzten Rote für die glatte Beseitigung des Versailler Vertrags aus. Ihre Taktik besteht jetzt darin, uns zu überreden, das linke Rheinufer zu räumen, bevor irgend eine Zahlung erfolgt.

Das amtliche Ergebnis der sächsischen Wahlen.
 Dresden, 15. Nov. Das Wahlergebnis in Sachsen hat bei der Nachprüfung eine Veränderung zu Gunsten der bürgerlichen Parteien erfahren. Die Sozialdemokraten erhalten 40 Mandate wie im alten Landtag (nicht 41). Damit stellt sich das Gesamtergebnis auf 50 Sozialdemokraten und Kommunisten und 46 bürgerliche Mandate.

Pfländerung in Adn.
 Adn, 15. Nov. Wie die „Adn. Ztg.“ meldet, feht eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten mit Rücksicht auf die Störungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung die Polizeistunde für Kaffeehäuser, Gastwirtschaften, Kabarets usw. vom 15. Nov. an bis auf weiteres auf 11 Uhr herab. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ stellt schätzungsweise fest, daß bei den Kravallen am Montagabend Fenster-scheiben im Werte von 15 Millionen Mk. zertrümmert und Sachen im Werte von 10 Millionen gestohlen worden sind, die nach dem Tummelplatzgesetz von Reich, Staat und Gemeinde den Geschäftslenten ersetzt werden müssen.

Mit Ausnahme einer Pfländerung in dem Borort Ehrenfeld hat sich am Dienstag nichts Wesentliches ereignet.

Die Streikbewegung im Ruhrgebiet.
 Düsseldorf, 15. Nov. Die Streikbewegung in Düsseldorf hat sich ausgebreitet. Nach den neuesten Meldungen stehen alle Werke mit Ausnahme von Oberweith und Rheinmetall still. Die Polizei hat mehrere angelegte Versammlungen verboten, so auch eine Versammlung in der Tonhalle, die aber trotzdem am Dienstag von Demonstranten, die die polizeiliche Absperrung sprengten, abgehalten wurde. Die Polizei griff ein, um die verbotene Versammlung aufzulösen. Sie wurde dabei tätlich angegriffen und mit Stuhlbeinen geschlagen. Von der Galerie fielen Schüsse, auch von den Polizeibeamten soll daraufhin zurückgeschossen worden sein. Nach neueren Feststellungen sind jedoch keine Menschenleben zu beklagen. Die Betriebsräte haben den Generalstreik beschlossen. Die Gewerkschaften haben dazu noch keine Stellung genommen. Die Kommunisten nähern zunächst die von den Unionisten ausgegangene Bewegung an. In Benrath, einem Industrieort in der Nähe von Düsseldorf, wo auch gestreikt wird, fanden Lebensmitteldemonstrationen statt, an denen sich die Arbeiter aller Parteien beteiligten.

Gesellschaft.

Es ist kein Glück so rein, so tief,
 Daß nicht eine Träne mit unterleitet,
 Es ist so schwer, so bang kein Weh,
 Daß nicht eine Hoffnung drüber geh!

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Biedig.

(74) (Nachdruck verboten.)
 Kelda wußte nicht, wie ihr geschah, sie fühlte die zwei heischen Hände des Mädchens an ihren Wangen, ein Fuß streifte ihren Mund. Ein geflüstertes: „Ich danke Ihnen“, und Vera Berg schritt schwerfällig zur Tür. Das Schloß schnappte ein; sie war fort.
 Kelda sah mit großen Augen um sich — wie seltsam! Aber Fräulein Berg war ja mitunter sonderbar. Und doch hing ihr das Herz an zu klopfen; sie sprang auf, jagte den langen Gang entlang, durchs Berliner Zimmer, hin zur Korridor.
 „Fräulein Berg, Fräulein Berg!“ Aber niemand war mehr auf der Treppe. Sie stürzte in Herrn Schmollers Vorderzimmer und rief laut aus: gerade jetzt trat Fräulein Berg unten aus dem Tor auf die Straße, unglücklich blieb sie stehen und sah nach rechts und links. Kelda hing mit halbem Leib zum Fenster hinaus, sie schrie laut: „Fräulein Berg, Fräulein Berg!“ Die raselnden Wagen, das Rollen der Pferdebahnen überdrönten den Ruf.
 „Fräulein Berg!“ Der Name zerflatterte in der Luft. Da ging sie hin, das blaßblaue Kleid verwehte um die nächste Ecke.
 „Ich weiß nicht, warum ich so dumm bin“, murmelte Kelda und wuschte sich über die Stirn. Langsam, fast widerwillig schloß sie das Fenster, und dann ging sie zurück und setzte sich auf den alten Platz in der engen Komurk. Das Schreiben wollte nicht voran gehen.

Die Orientkonferenz.
 London, 15. Nov. Die englische Regierung hat im Dual d. Orsay in einer Note versichert, daß sie auf einer sofortigen Einigung der Alliierten über die Hauptpunkte der Bedingungen über den Frieden im nahen Osten bestzhe und daher Poincare vorschläge, nach London zu kommen.
 Reuter erfährt, wenn nicht befriedigende Vorbesprechungen zwischen den Alliierten stattfinden, wird Großbritannien auf der Lausanner Friedenskonferenz nicht vertreten sein. Man ist der Ansicht, daß die Alliierten den Türken mit einem entgültigen Programm gegenüberstellen müssen, welches zeigt, daß die Einheitsfront bezüglich der Regelung der Orientfrage besteht. Ein weiterer Ausschub der Lausanner Friedenskonferenz wird daher als unüberwindlich angesehen.

London, 15. Nov. Poincare hat den französischen Vorschlag in London mit der Weiterführung der Verhandlungen über die Orientfrage zwischen der englischen Regierung beauftragt. Außerdem werden die beiden Regierungen in diesen Tagen in einen schriftlichen Meinungsaustausch über diese Frage eintreten. Erst wenn dieser Meinungsaustausch ein günstiges Resultat zeitigt, will die englische Regierung zunächst zu einer interalliierten Zusammenkunft in Paris für das Ende dieser Woche bereit sein und dann auf den 20. November ihre Delegierten nach Lausanne schicken.

Die deutsche Zahlungsfähigkeit.
 Berlin, 15. Nov. Nach dem „Petit Parisien“ sind die aus Berlin zurückgekehrten Mitglieder der Reparationskommission der Ansicht, daß Deutschland zahlungsfähig sei, daß es aber nur bezahlen werde, wenn es nicht ausweichen könne. Die Deutschen, die guten Willens seien und am Wiederaufbau ihres Landes interessiert sind, ließen durchblicken, das Ausland müsse einen Druck ausüben, damit sie gegenüber ihren eigenen Landsleuten ein Argument in der Hand hätten.

Die neuen Kohlenpreise.
 Berlin, 15. Nov. Die in den letzten Tagen bewilligten Lohnerhöhungen und die in noch weit stärkerem Maße gestiegenen Material- und Grubenholzpreise haben eine neue Erhöhung der Kohlenpreise veranlaßt. Diese steigen nach dem heutigen Beschluß der Organisation der Kohlenwirtschaft wie folgt: für das Ruhrrevier um 3971 Mk., für Sachsen um 4841 Mk., für Aachen-Schweizer um 4439 Mk., für rheinische Braunkohle bei Hohlfohle um 669 Mk., bei Britetts um 2347 Mk. Für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier konnte die Erhöhung ziffernmäßig noch nicht festgestellt werden. Die Preiserhöhung gilt ab 16. Nov.

Einigung in der Orientfrage.
 London, 15. Nov. Die Entente-Streitigkeiten in der türkischen Frage haben sich plötzlich verflüchtigt in Folge nachstehender Zusicherungen Poincares: 1. Frankreich wird sich Großbritannien und Italien zur Bildung einer Einheitsfront gegen die Türkei anschließen. 2. Wenn Ismet Pascha nach Paris kommt, wird Poincare mit ihm keine Einzelheiten verhandeln, sodah auch für ein französisch-türkisches Abkommen Lausanne als Vorstation gilt.

Das Stabilisierungsprogramm.
 Berlin, 15. Nov. Amtlich wird erklärt, der Rücktritt der jetzigen Regierung berähre in keiner Weise das in der Note vom 14. Nov. an den Entschädigungsausschuß niedergelegte Stabilisierungsprogramm.

Millionendiebstahl bei der Reichsbank.
 Berlin, 15. Nov. Bei der Reichsbank ist ein abends verübter Millionendiebstahl entdeckt worden. Bei der Abfertigung von großen Geldtransporten wurde ein Geldbeutel von 10 Millionen Mark in 1000-Markscheinen entwendet.

„Mein geliebter Onkel!“
 Wie geht es Dir? Alle Tage und Stunden denke ich an Papa und Dich, ich wünschte oft, ich könnte bei Dir sein —
 Weiter kam sie nicht, und sie war doch ganz allein. Nichts regte sich, nur der Star drüben bliff. Langsam verblaßte das Sonnengold, jenseits die hohe Hauswand warf schon einen düsteren Schatten ins Fenster. Sie lebte sich zurück und schloß die Augen. Ach, so einsam, so still!
 „Ich wünschte oft, ich könnte bei Dir sein!“ Sie lächelte, ihr war, als hörte sie Tonnen rauschen, eine frischere Luft umschloß ihr die Stirn, die Brust hob sich in einem sehnfüchtigen Seufzer. Das war die Natur, groß und unberührt, heilig, und es tönte des Onkels Stimme: „Geh du nur einmal so recht fest an der Brust der Natur, dann bekommst du andere Augen, sie werden heller. Man wird besser. Wunden heilen kann nur die Natur.“
 „Ich wünschte, ich könnte dort sein“, murmelte ihre Lippen. Die Feder fiel ihr aus der Hand, rollte übers Papier, hinab auf den Fußboden; sie achtete es nicht. — Sie ging wieder durch die Darsgasse, und die Kinder hiefen ihr entgegen, und die Leute nickten ihr zu: „Sein Se als widder hei, Fräulein Kelda? Dat es qui!“ Wie der Onkel sich freuen würde!
 „Ich bin alt geworden“, schrieb er im letzten Brief, „alt und müd. Keine Eiseler sind gut, aber Rot und Sorge machen die Kinder dem Vater genug; damit ist's immer noch beim alten. Seit meine Befa mich verlassen hat, ist's still bei mir. Bald sind es vier Jahr, daß sie tet ist. Herr Gott, wer konnte denken, daß das junge Weib so früh erlöschen würde! Glaubst nicht, wie glücklich sie und der Hommes miteinander waren; lang genug hatten sie sich ja herumgezogen, bis es zur Hochzeit kam. Dem Hommes seine Alten wollten's partout nicht zugeben, und die Befa hat auch gern mal einen Seitenprung gemacht. Junger Rost will ausgären, wird nachher desto besser. Aber wirklich lieb gehabt hat sie nur den Hommes. Und jetzt ist der Hommes weg nach Amerika.“ Hier hatte Kelda beim Lesen einen tiefen befreienden Atemzug getan, beide Hände an die glühenden Wangen gepreßt — er war fort!
 Die Heimat ist ihm verleidet; das Kind, das ihr das Leben gekostet hat, liegt bei den Großeltern vor der Tür. Es dauert mich. Ich kann nicht vorbeigehen, ohne das kleine Mädchen auf den Arm zu nehmen, es hat Kuacu

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Nov.
 Der Reichstag hielt trotz der Regierungskrise am Mittwoch bei Schwach besetztem Hause eine Sitzung. Präsident Eöbe eröffnete die Sitzung um 3.20 Uhr und gibt eine Denkschrift des hilenischen Gesandten für die Teilnahme des Reichstags an dem Unglück seines Landes bekannt.

Ein Gesetzentwurf aller Parteien zur Anpassung der E e im Verdrängungs-, Kolonial- und Auslands-, f. Jenge, y an die Geldentwertung wird angenommen.

Abg. Dr. Schreiber (Ntr.) begründet dann eine Interpellation betr. die Not der deutschen Wissenschaft. Alles von unserer geistigen Kultur liege bereits in Trümmer. Wir stehen vor einer geistigen Verarmung. Unsere Forschungsinstitute, die die Wissenschaft dringend braucht, verfallen. Das Institut für Experimentale Therapie in Berlin und Frankfurt kann nicht mehr arbeiten. Ein Mikroskop kostete vor 8 Wochen 100 000, heute 400 000 Mk., ein Röntgenapparat kostet 4, Millionen. Prof. Wassermann kann sich nicht einmal Versuchstiere beschaffen. Im ganzen handelt es sich um den Niedergang deutscher Volksgesundheit und damit eines Stücks deutscher Weltgeltung. Ein großer Teil von Gelehrten geht zur Industrie über. Der Redner erkennt die Tätigkeit der deutschen Rotgemeinschaft an und dankt für die Spenden aus Amerika, der Schweiz und Japan.

Staatssekretär Schulz beantwortet die Interpellation und erkennt die schweren Sorgen und Nöte der deutschen Wissenschaft durchaus an. Die große Ursache der Bedrängnis ist der verlorene Krieg. Die wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland sind gekürzt. Deswegen aber darf die deutsche Wissenschaft nicht mutlos den Kopf sinken lassen. Das Reich wird sein Möglichstes tun trotz der schlechten Finanzen. Schwer ist auch die Notlage der deutschen Kunst. Das deutsche Schrifttum leidet unmittelbar körperliche Not. In unserer Zeit, die dunkler als je sei, müsse die deutsche Wissenschaft eine Leuchte sein.

Das Haus schließt die Besprechung der Interpellation und vertagt sich auf Donnerstag 2 Uhr: Pionisationschädengesetz, Not der deutschen Wissenschaft.

Berlin, 15. Nov.
 Der Reichstag beschäftigte sich am Dienstag abend noch mit der neuen Geschäftsordnung. Die Redezeit soll im allgemeinen auf drei Viertelstunden beschränkt, die Disziplinargewalt des Präsidenten erheblich verstärkt werden. Bei gröblicher Verlegung der Ordnung soll ein Mitglied von der Sitzung ausgeschlossen werden können. Bei Widersehllichkeit kann der Ausschluß von 8 bis 20 Sitzungstagen ausgesprochen werden.

Die Redner aller Parteien begrüßen die neue Geschäftsordnung und besonders der Abg. Eöbe (Soz.) bezeichnet die Beschränkung der Redezeit als einen Erfolg, der am besten geeignet sei, das Ansehen des Parlaments im Volke wieder zu heben. Es sei den Ansehen des Parlaments nur nützlich, wenn die Zahl der Reden und die Zahl und die Länge der Reden auf die Hälfte vermindert würden. Die Sitzung wurde schließlich noch vor der Erledigung des Gegenstands vertagt, nachdem der Rabifale Ledebour in seinem bekannten Sarkasmus spöttisch bemerkt hatte, daß man der „Grasmücke Wirth Zeit geben müsse, noch weiter über dem Kuckucksei zu brüten“, womit natürlich die Kabinettsumbildung gemeint war.

Die Sitzungen des Reichstags werden fortgesetzt.

12. B. Berlin, 15. Nov. Der Vorkentrat des Reichstags entschied sich heute Nachmittag dahin, daß auch während der Regierungskrise die Sitzungen des Reichstags fortgesetzt werden sollen. Es sollen nur solche Gegenstände beredet werden, die einen Angelegenheiten des Reichstags betreffen.

wie Befa. Es ist od um mich. Ja, meine liebe Kelda, könntest du bei mir sein! Es wäre gut für Dich, gut für mich, gut für meine Eiseler. Brande hellere Augen, die mir heißen, meine werden schwachschichtig; auch eine jüngere Hand, die zwischen mir und ihnen hin- und herreicht. Auf der Befa Grab steht ein roter Rosenstock, und alle anderen im Dorf erftoren, blüht der; es dünkt mich, er lacht dann übers ganze Gesicht, so wie die Befa getan. 's ist doch was Herrliches um so einen gesunden Lebens- und Liebestrieb! Verlier' Du ihn auch nicht, mein Mädchen! —
 „Ach, der Lebens- und Liebestrieb — nein, den hatte sie noch nicht verloren! In Keldas Wangen hing ein wärmeres Rot, rascher kam ihr der Atem über die Lippen. Den würde sie auch nie verlieren. Klopste nicht ihr Herz gleich rasch wie früher, waren nicht ebensogut Wünsche darin? Ja, es hatte sich nur geweitet, das fühlte sie. Und das Wort kam ihr nicht so rasch mehr auf die Zunge, die böse Spottlust war weg, ein großes Mitleid an ihre Stelle getreten. Ging sie über die Straße und sah ein Kind weinen, konnte sie nicht anders, sie mußte es trösten. Und war wo ein verlaufener Hund, sie mußte ihn foden und ihm zu seinem Herrn zu verheffen suchen. Alles seine großen Taten — aber wohin sonst mit der Fülle der Empfindung?
 „Onkel, ich wünschte, ich könnte dir helfen“, sagte sie laut und faltete die Hände. Ach ja, der war jetzt recht einsam! Kelda mußte an Befa denken, die das Haus einst so lustig belebt hatte. War die zu beklagen? O, tausendmal nein! Hingegangen in vollster Lebensfülle, den Fuß der Liebe auf den Lippen. Kelda fühlte heute noch die Erquickung, die sie damals empfunden hatte, als der Onkel ihr den raschen Tod der jungen Frau Hommes mitgeteilt. Tot, das frische gesunde Geschöpf! Aber gestorben mitten im Glück, rasch vergangen wie ein lachender Sommermorgen, an den man mit Wärme zurückdenkt. Mit einem Jauberschlag stand das braune Mädchen vor Keldas Augen, strübend vor Lebenslust; sie fühlte wieder die warmen festen Hände und von diesen aus den wohlthuenden Strom durch ihren Körper rinnen. Ja, ein roter Rosenstock, das war das Rechte auf Befas Grab! Keine weißen Kirchhofstufen, die gebühren nur den Blaffen, Hingewelkten, die vergangen sind ohne Lust oder keine Kraft hatten, für ihre Lust einzutreten.
 (Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land.

Altensteig, 16. November 1928.

• **Genannt wurde** Landrichter Schlehner in Rottweil zum Oberamtsrichter in Nagold.

• **Verstetigt wurde** seinem Ansuchen gemäß der Bezirksnotar J. M. e. n. d. r. in Stammheim, an das Bezirksnotariat Sinslingen.

• **Eine abermalige Erhöhung des Frachtariffs.** Die seit 1. November eingetretene Steigerung der Löhne und Materialkosten machen, wie aus Berlin gemeldet wird, eine abermalige Erhöhung der Frachtarife notwendig, die am 1. Dezember erfolgen soll. In welchem Ausmaß, ist noch nicht zu übersehen.

• **Fremdenstätt, 15. Nov.** (Wahlbezirk der Stadt. — Rüdritt. — Ehrenurkunde.) Die hiesige Stadt hat den Rekleinlauf im Großen vorgenommen um die Versorgung der Einwohnerschaft sicherzustellen. Die Wahlzettel der Stadt erfolgt an die gesamte Einwohnerschaft. — **Fabrikant Herbstreich**, der vor 3 Jahren bei der Gemeinderatswahl von der Sozialdemokratie aufgestellt wurde und die höchste Stimmenzahl erhalten hatte, also auf 6 Jahren gewählt ist, hat sein Gemeinderatsmandat niedergelegt und zwar mit der Begründung seines angegriffenen Gesundheitszustandes. Das Rüdrittsgericht wurde angenommen. **Dr. Teufel**, dessen Wahlperiode Ende dieses Jahres abgelaufen wäre, kommt nunmehr nicht zur Wiederwahl, sondern tritt durch das Ausschreiben des **Dr. Herbstreich** in die Reihe der auf 6 Jahre Gewählten vor. — In den Gemeinderat tritt nunmehr **Maschinenmeister Bauer** ein, der die nächsthöchste Stimmenzahl auf dem sozialdemokratischen Wahlvorschlag erhalten hat. — Auf Antrag des **Stadtverordneten** beschloß der Gemeinderat eine **Ehrenurkunde** für solche Herren anzusetzen zu lassen, die sich um die Stadt verdient gemacht haben, sei es als **Rät. Beamter** oder als **Gemeinderat**.

• **Stuttgart, 15. Nov.** (Notstandsaktion der Württ. Textilindustrie.) Der Ausschuss der Industrie- und Handelskammer Stuttgart für die Textilindustrie Württembergs hat beschlossen, den Unternehmungen seines Industriezweiges dringend zu empfehlen, den Mittelstandsnotstand für die nächsten 6 Monate auf den Kopf ihrer Angestellten und Arbeiter pro Monat je 40 Mark zu gewähren; außerdem soll jede Firma der Mittelstandsnotstand geeignete Stoffe unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

• **Weibliche Akademiker.** Neben einem weiblichen Professor an der Kunstgewerbeschule und einem weiblichen Regierungsrat im Kultusministerium sind an den 19 Höheren Mädchenschulen Württembergs zur Zeit bereits 10 Studienrätinnen angestellt.

• **Höhere Fleisch- und Brotpreise.** Von Donnerstag ab kostet Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 270 M., Rindfleisch 2. Güte 215—225, Kuhfleisch 1. 168 bis 170, Kuhfleisch 2. 146—156, Kalbfleisch 300—310, Schweinefleisch 600 M., Hammelfleisch 232—236 M., Schafffleisch 180—190 M. — Die fortgesetzten Preissteigerungen, insbesondere für Kohlen, Zutaten, wie Döse und Salz, für Löhne und dergl. haben eine neue Erhöhung des Marktbrotpreises notwendig gemacht. Mit Genehmigung der Landesversorgungsstelle wurde der Preis auf 53 M. für 1 kg. festgesetzt.

• **Die neuen Schuhpreise.** Die Stuttgarter Schuhherzergewerksinnung gibt bekannt, daß von jetzt an ein Paar Herrenstiefel 28 100 M., Damenstiefel 25 200 M., Herrensohlen und Absatz 3380 M., Damensohlen und Absatz 2877 M. kostet.

• **Ludwigsburg, 15. Nov.** (Eingemeindung.) Der Gemeinderat hat der Eingemeindung von Ohweil zugestimmt. Schultheiß Lemberger tritt als Rechnungsrat in den Dienst der Stadt, auch die übrigen Beamten werden übernommen.

• **Kirchheim u. T., 15. Nov.** (Vor der Wahl.) Die Deutsche Volkspartei, die Bürgerpartei, der Bauernbund, das Zentrum und die Parteien haben beschlossen, zur Gemeinderatswahl einen gemeinsamen „Wahlzettel der Bürgervereinsvereine“ aufzustellen.

• **Calw, 15. Nov.** (Gemeinderatswahl.) Für die Gemeinderatswahl haben die bürgerlichen Parteien (Deutsche Volkspartei, Bürgerpartei und Deutschdem. Partei) in einer gemeinsamen Versammlung beschlossen, eine Listenverbindung miteinander einzugehen. Die Wahl findet am nächsten Samstag statt.

• **Großleisingen, 15. Nov.** (Gefährliches Spielzeug.) Die beiden Brüder Scharpf von hier probierten in einem Revolver Patronen, wobei sich eine entlad und dem Lader Scharpf durch den Arm in den Bauch ging. Der Zustand des Verletzten ist besorgniserregend.

• **Wurzach, 15. Nov.** (Geprellt.) Ein Käsearbeiter aus der Umgegend wurde von einem Schwindler dadurch um 70 000 Mark geschädigt, daß derselbe ihm für gelieferte Butter und Käse zwei Schecks ausstellte, welche sich aber als gefälscht erwiesen.

• **Schussenried, 15. Nov.** (Denkmalsberaubung.) Das im Jahr 1899 am Schussenursprung errichtete Denkmal zur Erinnerung an die daselbst gemachten Funde aus der Eiszeit ist in den letzten Tagen seines metallenen Schmucks, Geweihtes nebst Erinnerungstafel aus Bronze, beraubt worden.

• **Vom Bodensee, 15. Nov.** (Schiffrohrernte.) Am Seeufer ist zur Zeit die Ernte des Schiffrohres und des Streugrafs auf den Streuwiesen in vollem Gang. Das Schiffrohr, das zu Rohrmatten und anderen Zwecken verwendet wird, steht gegenwärtig hoch im Preis.

Aus dem Finanzanschuß.

• **Stuttgart, 15. Nov.** Der Finanzanschuß des Landtags genehmigte den Beamten, Ruhegehalts- und Barteigeldempfängern, sowie den Beamten-Dinterbliebenen mit Wirkung vom 1. November 1922 ab den auch den Reichsbeamten gewährten neuen Teuerungszuschlag. Ein Vertreter der Regierung erklärt, daß die württ. Regierung sich im Reichsrat schon für die Verringerung der Spannungs der Dienstleistungen eingesezt und auch mit einem diesbezüglichen Antrag durchgedrungen sei. Der Reichsrat habe aber auf Antrag Preußens die Regierung wieder hergestellt. Annahme fand ein Antrag K. Müller: „Der Finanzanschuß nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den Erklärungen der Regierung, wonach künftig unabhängigen Beamten das Gehalt in gleicher Weise wie bei den händigen im Voraus bezahlt werden soll.“ Diesem Antrag schloßen sich alle Fraktionen an. Weiterhin fand Annahme ein Antrag Scheer: Der Finanzanschuß ersucht das Finanzministerium, die Auszahlung von Teuerungszulagen an planmäßige und außerplanmäßige Beamte, sowie an Pensionäre und Dinterbliebenen im Anschluß an die Beschlußfassung des Reiches mit aller Beschleunigung durchzuführen und erteilt die Ermächtigung, daß dann, wenn weder der Finanzanschuß noch der Landtag versammelt ist, das Finanzministerium die Auszahlung jeweils von sich aus anordnet.“ Bei der Staatsberatung wurde für den Ausbau des Technikums für Textilindustrie in Reutlingen 6 Millionen bewilligt.

Der Beitrag für Betriebsräteurteile und Fachurteile wurde genehmigt. Ein Mitglied der Bürgerpartei tritt für die Fachschule der Drogerien ein. Die Regierung teilt mit, daß die Kaserne- und Versuchsanstalt als Zweigstelle von Weihenstephan vom Reich anerkannt sei und ein Beitrag von 100 000 Mark gestiftet wurde. Im nächsten Etat werde die Verstaatlichung der Schule beantragt werden. Der Berichterstatter beantragt die Erhöhung der Beiträge für die Fachschulen auf das Vierfache. Zum Schluß fand ein gemeinsamer Antrag der in der letzten Sitzung zurückgestellten **Alkoholfürer** einstimmig Annahme. Das Staatsministerium wird dahin erucht, bei der Beratung des Schankgesetzes im Reich entschieden dafür einzutreten, daß insbesondere der Branntwein an Jugenblinde unter 18 Jahren verboten werde. Die Zahl der Ausnahmestellen soll vermindert und namentlich keine neuen Konzessionen mehr erteilt werden. Die Einfuhr ausländischer Spirituosen soll scharf bekämpft werden. Der Landtag bringt den Vorschlag, den Genuss von geistigen Getränken, vor allem Branntwein, einzuschränken, volle Sympathie entgegen. Er ist bereit, im Sinne einer Aufklärung über die Schädlichkeit des Alkoholenusses auch seinerseits tätig zu sein und in dieser Richtung gehende Bestrebungen zu unterstützen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

• **Revolveranschlag auf einen Reichstagsabgeordneten.** Als der Reichstagsabgeordnete Pfarrer **Ulrich**, der Führer der oberösterreichischen Zentrumspartei, am Sonntag nach Nürnberg verlaufener Wahlversammlung in Zielau, welche die Sozialdemokraten zu sprengen versuchten, im Kraftwagen den Ort verlassen hatte, wurden, wie die „Presse R. N.“ melden, gegen ihn zwei Schüsse abgefeuert, die jedoch fehl gingen. Die Täter sind unbekannt.

• **Dänische Hilfe für deutsche Kinder.** In den Kopenhagener Zeitungen wird ein Aufruf zur Hilfeleistung für deutsche und österreichische Kinder veröffentlicht. Die Angelegenheit wurde im dänischen Reichstag behandelt, dem eine Vorlage über die Bewilligung von 35 Millionen Kronen vorgelegt wurde. Es darf als sicher betrachtet werden, daß diese Summe bewilligt wird.

Wie sie uns ausfaugen.

Die „D. Allg. Sta.“ bringt eine Aufstellung über die Goldleistungen Deutschlands an die Entente. Wenn die Darlehnungen auch hinter den Sachleistungen zahlenmäßig zurückstehen, so stellen sie doch an sich ungeheure Beträge dar, deren Uebertragung auf fremde Volkswirtschaften jene furchtbare Katastrophe auf dem Balkanmarkt hervorgerufen hat, unter der die ganze Welt in zunehmendem Maße leidet.

Vorleistungen.

Bis 31. Mai 1921:			
Devisen	150 030 000		
Gold der Reichsbank	68 000 000		
Kredite	270 000 000	488 000 000	

Bis 31. August 1921:			
Goldankauf	15 000 000		
Silberlombard	58 000 000		
Devisen	439 000 000		
Außerdem	87 000 000	599 000 000	

3 Raten zu 31 Millionen Mark	248 000 000
1 Rate zu 50 Millionen Mark	150 000 000
1 Rate zu 33 Millionen Mark	33 000 000
26 % aus dem Recovery Act bis 31. Dezember 1921	36 100 000
dto. bis 1. Juni 1922	41 300 000

Ausgleichsverfahren:		
Bis Ende 1920	164 000 000	
Bis Ende 1921	304 000 000	
Bis 1. Juni 1922	120 000 000	
Nach d. 1. Juni 1922	10 000 000	598 000 000

	Goldmark	2 198 470 000
Dazu Sach- und Vorleistungen	Goldmark	16 313 000 000
	Summe Goldmark	18 506 470 000

Nach dem jetzigen Stand des Dollars entspricht dies einer Papiermarksumme von 37 Billionen.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Mittwoch in Frankfurt 7531,10 G., 7568,90 Br., in Berlin 7496,21 G. und 7533,79 Br.

- 1 Schweizer Franken = 1391 G., 1402 Br.
- 1 französischer Franken = 505,70 G., 508,30 Br.
- 1 belgischer Franken = 458,85 G., 461,15 Br.
- 1 holländ. Gulde = 2992,50 G., 3007,50 Br.
- 1 italienischer Lira = 350,60 G., 352,40 Br.
- 100 österreichische Kronen = 9,97 G., 10,03 Br.
- 1 tschechische Krone = 241,40 G., 242,60 Br.
- 1 schwedische Krone = 2020,90 G., 2061,10 Br.
- 1 dänische Krone = 1530,15 G., 1534,85 Br.
- 1 engl. Pfund Sterling = 33815 G., 24 085 Br.

• **Stuttgarter Börse, 15. Nov.** Die politische Unsicherheit hatte auch auf die Börse ihre Einwirkung. Die Käufer waren zurückhaltend, immerhin lagen noch ziemlich Kaufaufträge seitens des Publikums vor, so daß die Kurse nur zum Teil empfindlicher zurückgingen. Etliche Papiere, wie Zement Heidelberg, Maßfabrik Stuttgart und Württ. Rattun konnten ihre Kurse sogar halten. — Im Freiverkehr verfuhrte man von der eingetretenen Krise noch wenig. Das an den Markt gefommene Material wurde schlanweg ausgenommen. Im offiziellen Verkehr waren Bankaktien mit Ausnahme von Rotenbank schwächer. Bankaktien 700, Vereinsbank 950, Spinnereien abgeschwächt. Erlangen — 600, Kolb und Schäle — 100, Rachen — 100, Spinnerei Ehlingen — 90. Unverändert blieben Unterhaußen, Pfersee und Kottner, Kammgarn Völkheim + 500. Der Brauereist Aktienmarkt lag schwach. Brauhaus Ravensburg — 50, Ehlinger Brauerei — 70, Württ. Hohenollern — 80, Walle — 55. Am Maschinen- und Metallmarkt waren die Abschwächungen am stärksten. Daimler — 220, Feinmechanik — 100, Jungbans — 200, Ehlinger Maschinen — 420, Desser Maschinen — 175, Weingarten — 300, Redarfulmer — 400. Von den übrigen Werten verloren Anilin 690, Deutsche Verlag 200, Adin-Rottweil 500, Otto Krumm 100, Selt Wachenheim 325, Stuttgarter Jucker 400. Im Freiverkehr: Ehinger Tritot 240—250, Junge 220 bis 233, Nichteigold 690—730, Geißlinger Maschinen 400—394, Junge 330—320, Germania Anoleum 6300 bis 6600, Heilbronner Jucker 4200—4350, Kaiser Dtttr 1400—1500, Knorr 2000—2100, Steigerauto 510—530.

• **Stuttgart, 15. Nov.** Die am Montag gehaltene Lederbörse war sehr gut besucht. Die unsichere Lage am Devisenmarkt und die Einschränkungen in der Schuhindustrie hemmten die Kauflust. Nächste Lederbörse Dienstag, 12. Dezember.

• **Stuttgart, 15. Nov.** Der gestrige Stuttgarter Monatspferdemarkt im Stadt. Schlachtviehhof war mit 200 Pferden besahren. Neben Handelsfirmen waren auch Landwirte und Gewerbetreibende zahlreich vertreten. Der Verkauf war sehr lebhaft.

• **Viehaustrahlsperre nach dem Saargebiet.** Auf Grund der ernstlichen Vorstellungen, welche das Württ. Arbeitsministerium wiederholt in Berlin gegen die seither unbeschränkte Viehaustrahls aus Württemberg nach Mannheim, Frankfurt und dem besetzten linksrheinischen Gebiet erhoben hat, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft dieser Tage eine Mitteilung nach Stuttgart gelangen lassen, daß der Delegierte des deutschen Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligungen in Saarbrücken angewiesen worden sei, von jetzt an bis auf weiteres keine Ausfuhrbewilligung mehr für Schlacht-, Zucht- und Aufzucht aus Württemberg nach dem Saargebiet zu erteilen.

Letzte Nachrichten.

• **Nach keine Lösung der Regierungskrise.** **WZB. Berlin, 16. Nov.** Die Lösung der Regierungskrise ist gestern Nachmittag nicht gefördert worden. In den Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erklärte der Abgeordnete **Marx** laut „Völkischer Zeitung“, daß das Zentrum nicht nur sich weigern würde, Vorschläge für die Nachfolgerschaft **Wirths** zu machen, sondern auch keinen seiner parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitglieder es gestatten würde, das neue Kabinett zu bilden. Ebenso wie das Zentrum soll es, dem gleichen Blatt zufolge, auch die sozialdemokratische Fraktion abgelehnt haben, den Reichstagsler zu stellen. Da die demokratische Fraktion als die kleinste der bisherigen Koalition anscheinend nicht in Frage komme, werde, wie das Blatt schreibt, nach einer außerhalb des Reichstags und auch außerhalb des eigentlichen Parteigetriebes stehenden Persönlichkeit Umfragen gehalten, die nicht ein Koalitionskabinett, sondern ein „freies Kabinett der Köpfe“ bilden soll. Der „Berliner Lokalanzeiger“ hält es dagegen für möglich, daß **Dr. Wirth** wiederkehrt und an die Spitze eines solchen Kabinetts tritt.

• **Antrag auf Wahlverpflichtung.** **WZB. Berlin, 16. Nov.** Nach einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ ist dem Reichstag von der Deutschen Nationalen Volkspartei ein Initiativantrag zugegangen, der die Reichsregierung verpflichten will, bis zum 1. Februar 1929 ein Reichsgezet vorzulegen, wonach die Wahlberechtigten bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen der Länder ihr Stimmrecht auszuüben verpflichtet sind.

• **England in der Orientfrage.** **WZB. Paris, 16. Nov.** Die Javans mittelt, ist gestern Vormittag das Memorandum des Foreign Office, in dem der Standpunkt der englischen Regierung in der Orientfrage aufeinandergezeigt wird, im Quai d'Orsay übergeben werden. Der Wortlaut wird sechtem gehalten.

• **Wartmaßliches Wetter.** Unter dem Einfluß des immer noch vorwiegenden Hochdrucks wird auch für Freitag und Samstag das trübe, nebelige, nachts frostige Wetter zunächst noch weiter anhalten.

Druck und Verlag der W. Rieder'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Sachlichkeit verantwortlich: Ludwig Paul.

Gemeinderatswahl

**Auflegung der Wählerliste und Auf-
forderung zur Einreichung von Wahl-
vorschlägen.**

Mit Schluß dieses Jahres scheidet die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder aus dem Kollegium aus. Es sind dies die Herren Beck, Louis jr. Gerber, Wieland, Albert Oberpostschaffner, Bähler, Friedrich Schneidermeister, Kaltenbach, Hermann Silberwarenfabrikant, Walz, Hans Sparkassier, Kohler, Friedrich Schreinermeister, Ackermann, Karl Schlossermeister.

Die Neuwahl erfolgt nach dem Grund-
satz der verhältnismäßigen Vertretung der Wähler und findet am

Samstag, den 16. Dez. d. J. nachm. 1—8 Uhr
in 2 Abstimmungslokalen statt.

Wahlbezirk I umfaßt den Stadtteil links des Nagold-
flusses; Wahllokal: Sitzungssaal des
Rathauses.

Wahlbezirk II umfaßt den Stadtteil rechts des Na-
goldflusses; Wahllokal: Schulsaal des
Oberlehrers Kächele im unteren Schul-
haus.

Wahlberechtigt sind alle Deutschen ohne Unter-
schied des Geschlechts, die das 20. Lebensjahr
vollendet haben und im Gemeindebezirk seit 6
Monaten wohnen. Wer infolge Wegzugs das
Wahlrecht verloren hat, jedoch vor Ablauf von 2
Jahren in die Gemeinde zurückkehrt, erlangt mit
der Rückkehr das Wahlrecht wieder.

Die Wählbarkeit wird mit der Wahlberechtigung
und mit der Zurücklegung des 25. Lebensjahres
begründet.

Die Wählerliste ist vom Freitag, den 17.
November ds. Js. an, eine Woche lang
auf dem Rathaus zur allgemeinen Einsicht aufgelegt.

Innerhalb dieser Frist ist jeder Wahlberechtigte
befugt, gegen die aufgelegte Liste wegen Ueber-
gehung von Personen, welche in dieselbe aufzuneh-
men gewesen wären oder wegen Aufnahme un-
berechtigter Personen schriftlich oder mündlich Ein-
sprache zu erheben.

Die Wahlvorschläge sind bei dem Vorsitzen-
den des Wahlvorstands spätestens bis

2. Dezember ds. Js. abends 7 Uhr
einzureichen.

Im Uebrigen wird auf den Anschlag am Rat-
haus hingewiesen.

Den 16. November 1922.

Wahlvorstand:

Vorsitzender: Stadtschultheiß Welker.

Zuden Gemeinderatswahlen

empfiehlt sich zur Anfertigung von

**Wahlzetteln und
Flugblättern**

die

W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig.



Es herrscht

nur eine Meinung, daß
Schuhputz Nigrin
mit Staniolblatt der beste
ist, weil er aus reinem
Terpentinöl hergestellt.



An unsere Postbezieher!

Am 5. September d. J. mußten wir bei der Zeitungs-
poststelle den Bezugspreis für das 4. Vierteljahr 1922 an-
melden. Mit Rücksicht auf den damaligen Papierpreis von
68 M. für das Kilo wurden M. 300.— für das laufende
Vierteljahr, unter Vorbehalt einer späteren
Nachzahlung, als Bezugspreis von den Lesern unseres
Blattes erhoben. Inzwischen ist der Papierpreis auf über
M. 160.— für das Kilo gestiegen, sodaß unsere vorläufige
Aufstellung keine Geltung mehr haben kann. Wir ersuchen
daher höflichst unsere Leser, uns mittels der gestern beigelegten
Zahlkarte auf unser Postkontokto Nr. 5780 als Ausgleich
eine Nachzahlung zu leisten. (Selbstverständlich kann die Nach-
zahlung auch in der Geschäftsstelle ds. Blattes persönlich ge-
macht werden.)

Die vierteljährlichen Postbezieher, welche das 4.
Quartal, also Oktober, November und Dezember, im Voraus
bezahlen, haben eine Nachzahlung von M. 200.—,

die monatlichen Postbezieher für den November
eine Nachzahlung von 40 M. zu machen, entsprechend
der bereits erfolgten Zahlung unserer Bezieher bei den Agen-
ten und Auskäufern, oder denjenigen Lesern, welche in der
Geschäftsstelle den höchsten Betrag bereits bezahlt haben.

Diese Aufforderung entspricht den neuen postalischen Be-
stimmungen. Die Zeitungsvorlage sind berechtigt, die Weiter-
lieferung der Zeitung an solche Leser einzustellen, die diese
Nachzahlung bis zum 20. November nicht geleistet haben.

**In Zukunft werden voraussichtlich solche
Nachforderungen in Wegfall kommen.**

Verlag der Schwarzwälder Tageszeitung
„Aus den Tannen“.



Garweiler.

Am Samstag, den 18. d. M., nachm. 2 Uhr
verpachtet die Gemeinde auf dem Rathaus

einen Sägenteil (1 Tag)

auf der Kohlweide und den Ertrag von 36 M.

Wässerungswiesen

im Ginsbachtal auf das Jahr 1923. Liebhaber sind ein-
geladen.

Schultheiß Welker.

Altensteig.

Zur Lieferung von:

Zucker

auf die demnächst zur Ausgabe gelangenden Marken
halte ich mich empfohlen. Ich bitte meine werthe Kundschaft
von Stadt und Land (sich die werthen Wiederverkäufer) mir
möglichst zahlreich **Best.-Marken** zuzuweisen. Als Mitglied
des Großinlaufsvereins der Kolonialwarenhandl. Württem-
bergs e. V. kann ich für schnelle und sichere Lieferung volle
Gewähr übernehmen.

Lorenz Luz jr. Tel. 46.



Sprengen von Baumstubben
mit Komperit u. Silvit schafft Brennholz
u. Ackerland — Billigst sol ab Lager
Friedrich Kibler, Untertürk im
Cannstatterstraße 150 — Telefon 189.



Inserate
haben in unserer Schwarz-
wälder Tageszeitung „Aus
den Tannen“ besten Erfolg.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde u. Bekannte
zu unserer am Samstag, den 18. Nov., mittags 12 1/2
Uhr stattfindenden

kirchlichen Trauung

freundlichst einzuladen.

Heinrich Ottmar

Sohn des
† Joh. Ottmar, Brief-
trägers hier.

Sofie Müller

Tochter des
Franz Müller, Flaschner-
meisters hier.

Eugen Ottmar

Sohn des
† Joh. Ottmar, Brief-
trägers hier.

Karoline Ottmar

geb. Rentschler
Tochter des † Christian
Rentschler, Maurers hier.

Zu unserer am Samstag, 18. Nov., stattfindenden

kirchlichen Trauung

laden wir Verwandte, Freunde u. Bekannte freundl. ein

Karl Deyhle

Sohn des
Johs. Deyhle, Landwirts in
Höpfelheim

Käthe Brenner

Tochter des
Gottlieb Brenner, Landw.
Bruderhaus-Birneck

Kirchgang um 12 Uhr in Berneck.

Eine neue

Brennholz-Kreisfäge

Hartholzgefäß, 60er Blatt, verkauft gegen Vorkauf.
Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41.

und Filiale Simmersfeld

empfehlen für die Schweineerzucht

**Universal-Futterkalk,
Sulerol, Fischtran, Knochen-
stärker.**

Bettflaschen

billigst bei

Franz Müller

Flaschnermeister d. d. Kron.

Verloren

ging von Altensteig nach

Simmersfeld eine

Brieftasche

mit Inhalt.

Der Finder wird gebeten,
dieselbe in der Geschäftsstelle
d. Bl. oder beim Eigentümer,
dessen Name im Rotbuch
steht, gegen Belohnung ab-
zugeben.

Ein Paar kleinere

**Säufer-
schweine**

hat zu verkaufen,
wer? — sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Ein schönes

**Säufer-
schwein**

hat zu verkaufen,
wer? — sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.